



## ZIVILGESELLSCHAFT MIGRATION

- |  |  |    |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE  |  |    |
| Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft<br>im regionalen Vergleich              |  | 2  |
| Von Mykhaylo Banakh, Freiburg  |  |    |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT   |  |    |
| Die Entwicklung der Zivilgesellschaft  |  | 6  |
| <hr/>  |  |    |
| ■ ANALYSE  |  |    |
| Gefangen in der Pufferzone:<br>Migration, Flüchtlinge und die Auswirkungen der EU-Außenpolitik |  | 13 |
| Von Raphi K. Rechitsky, Minnesota  |  |    |
| <hr/>  |  |    |
| ■ STATISTIK  |  |    |
| Aktuelle Wirtschaftsdaten  |  | 17 |
| <hr/>  |  |    |
| ■ CHRONIK  |  |    |
| Vom 11. Mai bis zum 14. Juni 2011  |  | 20 |



## Die Entwicklung der institutionellen Zivilgesellschaft im regionalen Vergleich

Von Mykhaylo Banakh, Freiburg

### Zusammenfassung

Während den westeuropäischen Staaten häufig ein entwickelter Dritter Sektor attestiert wird, haben die postkommunistischen Staaten hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen institutionellen Entwicklung viel aufzuholen. Wie weit aber ist die Institutionalisierung der Zivilgesellschaft in der Ukraine bereits fortgeschritten? Welchen Organisationsgrad hat die ukrainische Gesellschaft bisher erreicht? Welche regionalen Unterschiede sind dabei zu beobachten? Gibt es tatsächlich ein West–Ost-Gefälle? Diese und ähnliche Fragen werden im folgenden Beitrag behandelt.

### Einleitung

Häufig wird die östliche Region Donbass der westlichen Region Galizien gegenübergestellt. In der Regel werden dabei die beiden Verwaltungsgebiete Donezk und Lwiw miteinander verglichen, um deutliche Unterschiede zwischen Ost und West herausstellen zu können. Viele Vergleichsanalysen im Bereich Zivilgesellschaft kommen zu dem Schluss, dass die westukrainische Bevölkerung eine wesentlich höhere Engagement- und Protestbereitschaft aufweist als die ostukrainische. Auch die Präferenz der liberal-demokratischen Werte im Westen wird hervorgehoben. Bei den Bürgern im Südosten des Landes wird dagegen eine überdurchschnittlich hohe Kommunismus-Nostalgie festgestellt. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse könnte man behaupten, dass die Westukraine der zivilgesellschaftliche Vorreiter des Landes ist. Ist diese Schlussfolgerung richtig? Die oben erwähnten Merkmale der Zivilgesellschaft sind zwar aussagekräftig, berücksichtigen aber nur einige zivilgesellschaftliche Bestandteile wie etwa das freiwillige Engagement im nicht-institutionalisierten Bereich. Wie sieht es jedoch mit zivilgesellschaftlichem Engagement in einem institutionalisierten Rahmen aus? Im folgenden Beitrag wird versucht, die These von der wesentlich stärker ausgeprägten Zivilgesellschaft in der Westukraine durch die Analyse des institutionalisierten Bereichs der Zivilgesellschaft in der Ukraine zu überprüfen.

### Zivilgesellschaftliches Engagement im institutionalisierten Rahmen

In der Ukraine werden üblicherweise nur die registrierten freiwilligen Bürgervereinigungen sowie Wohlfahrtsverbände, Wohltätigkeitsorganisationen und Stiftungen als Organisationen des Dritten Sektors angesehen. Sie werden als zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnet, sind also Teil der Zivilgesellschaft. Und da sie in der Regel institutionelle Organisationsformen annehmen, werden sie als Institutionen und in

der Gesamtheit als institutionalisierter Bereich der Zivilgesellschaft betrachtet und analysiert.

Während die institutionalisierten Formen der Zivilgesellschaft die Bürgerbeteiligung im Umfeld der Vereine und registrierten freiwilligen Organisationen meinen, wird unter den nicht-institutionalisierten Formen das freiwillige persönliche Engagement der Bürger bei Demonstrationen, Petitionen, Kundgebungen, Streiks und sonstigen Protestaktionen subsumiert.

Häufig wird unter dem zivilgesellschaftlichen Engagement nur die unentgeltliche freiwillige Arbeit in formalen Organisationen verstanden. In diesem Beitrag wird eine breitere Fassung des institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Engagements vertreten, nach der nicht nur direkte aktive Beteiligung, sondern auch die weniger aktive Partizipation wie etwa passive Mitgliedschaft als zivilgesellschaftliches Engagement angesehen wird (vgl. Tab. 1). Das persönliche Engagement der Bürger wird als zivilgesellschaftlich angesehen, sobald es freiwillig und entweder in einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder für eine zivilgesellschaftliche Organisation erfolgt.

Es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die Non-Profit-Organisationen (NPOs) und ihre Tätigkeit bei der Verbreitung des zivilgesellschaftlichen Engagements einnehmen. Zum einen verlangt allein die formale Organisationsgründung in der Ukraine ein gewisses Maß an persönlichem Engagement, welches nicht jeder gesellschaftliche Aktivist aufzubringen vermag. Zum anderen stellen die NPOs die zivilgesellschaftliche Infrastruktur dar und bestimmen in entscheidendem Maße, welche Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten sich daraus für die einzelnen Bürger ergeben.

An dieser Stelle wird exemplarisch die Entstehungsdynamik des Dritten Sektors in den Verwaltungsbereichen Ternopil (im Westen, südöstlich von Lwiw) und Saporishshja (im Osten, südwestlich von Donezk) verglichen (Grafik 1). Dabei ist zunächst eine höhere Organisationsdichte im Gebiet Saporishshja festzustellen. Was

die Intensität der Organisationsgründungen angeht, so hat sich die Anzahl der Organisationen des Dritten Sektors zwischen 1999 und 2009 in beiden Regionen mehr als verdoppelt.

### Organisationsgrad der ukrainischen Gesellschaft

Die Gesamtzahl der NPOs in einem Staat ist weniger aussagekräftig als die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen pro 100.000 Einwohner, wenn es um die Organisationsdichte geht. In der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise hat sich die Anzahl der eingetragenen Vereine zwischen 1960 und 1990 nahezu verdreifacht und liegt heute im europäischen Durchschnitt. Im Schnitt stehen in europäischen Ländern 100.000 Einwohnern 600 Vereine für aktive Beteiligung zur Verfügung.

Betrachtet man die Grafik 2, so ist es einerseits sehr erfreulich, dass jedes Jahr über 4000 bürgerliche Organisationen und über 600 Wohlfahrtsverbände in der Ukraine registriert werden. In Relation zur Bevölkerung entstehen jährlich elf bis zwölf zivilgesellschaftliche Organisationen pro 100.000 Einwohner. Andererseits erreicht der Dritte Sektor in der Ukraine erst im Jahr 2009 die Organisationsdichte, die das frühere Bundesgebiet bereits 1960 aufweisen konnte (160 pro 100.000 Einwohner). Zur steigenden Vereinsdichte trägt auch die negative demographische Entwicklung in der Ukraine bei. Während im Jahr 2001 noch 48,5 Mio. Einwohner gezählt wurden, betrug die Bevölkerung im Jahr 2009 nur knapp 46 Mio.

### Fortschritt der Institutionalisierung

Während es im Jahr 1999 in der Ukraine 25.490 registrierte freiwillige Bürgervereinigungen gab, zählte man 2009 über 63.000 bürgerliche Organisationen. Ihre Anzahl hat sich in zehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Intensität der Organisationsgründungen wird ermittelt, indem man die statistischen Werte aus dem Jahr 1999 mit den Zahlen des Jahres 2009 vergleicht (vgl. Tab. 2). Das Wachstum in den meisten Gebieten bewegt sich in der Spanne von 2,00 bis 2,50. Nur die Gebiete Cherson (2,92), Sumy (2,73) und Tscherniwzi (2,81) weichen davon etwas ab. Ein Phänomen bleibt Odessa mit einem Wachstum von über 500 %. Auch im Kiewer Gebiet hat sich die Anzahl der NPOs fast verfünffacht. Das starke Wachstum der NPOs in der Stadt Kiew (3,29) war zu erwarten, da eine hohe Konzentration von Vereinen den meisten Hauptstädten eigen ist. Die Autonome Republik Krim bildet mit einem Wachstum von knapp 150 % das Schlusslicht. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist also je nach Region unterschiedlich ausgeprägt.

Wie aus Tab. 2 zu ersehen ist, liegen sowohl die Westukraine (2,22) als auch die Ostukraine (2,21) unter dem landesweiten Durchschnitt (2,47). Auch die ausgewählten Gebiete Ternopil (2,03) und Saporishshja (2,15) weisen eine unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Ein überdurchschnittlich hoher Grad der Institutionalisierung der Zivilgesellschaft wurde in der Ukraine vor allem im Zentrum (2,88) festgestellt. Die südlichen Regionen erreichten exakt den Durchschnittswert (2,47). Das starke Wachstum hat die Zentralukraine der Stadt und dem Gebiet Kiew zu verdanken. Wenn man diese jedoch aus der Statistik herausnimmt, liegt der Durchschnittswert hier nur bei 2,39. Vernachlässigt man im Süden den Spitzenreiter Odessa, so fällt das Wachstum auf das Niveau der West- und Ostukraine (2,22).

### Organisationsdichte in den Regionen

Die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine sind in den Großstädten anzutreffen. In den ländlichen Gegenden sind freiwillige Bürgervereinigungen seltener zu finden. Während im Jahr 2009 in den Großstädten und Gebietszentren die Vereinsdichte zwischen 250 und 400 Organisationen pro 100.000 Einwohner lag (vgl. Tab. 3), gab es in den ländlichen und eher landwirtschaftlich geprägten Gegenden nur 50 bis 100 NPOs. Die Urbanisierung des institutionalisierten freiwilligen Engagements kann also mit der vor allem in den Städten vorhandenen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur erklärt werden. Aus diesem Grund muss bei der Vereinsdichte der jeweiligen Region der Anteil der städtischen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Regional betrachtet verteilen sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Ukraine im Jahr 2009 ungleichmäßig. Spitzenreiter ist mit über 7.500 Organisationen die Stadt Kiew. Aber auch die Regionen Donezk und Odessa sowie Lwiw sind beispielsweise mit fast 4.000 bzw. 5.000 NPOs sehr stark vertreten. In den meisten Regionen waren 1.000 bis 2.000 Organisationen registriert. In Tab. 3 wird dargestellt, wie sich diese Zahlen in Relation zur Bevölkerung der Gebiete verhalten.

Wie erwartet liegen die Städte Kiew und Sewastopol mit einer Dichte von 369 bzw. 286 Organisationen weit vorn. Über dem Landesdurchschnitt liegen des Weiteren die Gebiete Odessa, Mykolajiw, Kiew, Lwiw und die Autonome Republik Krim. Während in den aufgezählten Regionen der Anteil der städtischen Bevölkerung bei über 60 % liegt, was teilweise die hohe Organisationsdichte erklärt, bleibt das Gebiet Transkarpatien mit nur 37,1 % städtischer Bevölkerung und einer Vereinsdichte von 179 ein Phänomen. Die Korrelation zwischen Stadtbevölkerung und Vereinsdichte findet sich nicht in

allen Regionen wieder. Insbesondere das Gebiet Donezk, welches nach dem Anteil der städtischen Bevölkerung der Stadt Sewastopol ähnelt, kann nur eine Dichte von 125 Organisationen pro 100.000 Einwohner aufweisen. Von den ostukrainischen Gebieten konnte sich nur das Gebiet Saporishshja (157) dem landesweiten Durchschnitt (166) annähern. Hochburg der institutionalisierten Zivilgesellschaft in der Ukraine ist die Halbinsel Krim: Zusammen mit der Stadt Sewastopol erreicht die Autonome Republik eine Dichte von 211 Organisationen. Die Westukraine insgesamt, inklusive ihrer eher ländlichen (Anteil der städtischen Bevölkerung 48,4 %) und landwirtschaftlich geprägten Gebiete, schneidet mit einem Wert von 154 Organisationen pro 100.000 Einwohner gut ab. Die südlichen Gebiete mit etwa zwei Drittel Stadtbevölkerung erreichten einen erwartungsgemäß überdurchschnittlichen Wert von 187 Vereinen.

Betrachtet man wiederum die Organisationsdichte in den ausgewählten Gebieten Ternopil (132) und Saporishshja (157), so liegen beide Regionen unter dem landesweiten Durchschnitt. Grund dafür könnte im Gebiet Ternopil die agrarische Prägung und die geringe Stadtbevölkerung sein. Das Gebiet Saporishshja weist dagegen über drei Viertel städtische Bevölkerung auf.

Weitere Faktoren, die sich je nach Ausprägung günstig oder weniger günstig auf die Entwicklung des Dritten Sektors auswirken, sind die historisch-kulturellen und sozio-ökonomischen Voraussetzungen. Während die ersten hier die demokratischen Traditionen meinen, bezieht sich die zweite Gruppe auf die aktuellen Zahlen der ökonomischen Entwicklung der jeweiligen Region.

Bei den demokratischen Traditionen geht es in der Regel um vorkommunistische demokratische Erfahrungen. Anders als die meisten anderen Transformationsländer Mittel- und Osteuropas hatte die Ukraine in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum Gelegenheit, Erfahrungen mit einer demokratischen Regierung zu sammeln. Lediglich die Westukraine konnte als Teil der Zweiten Polnischen Republik (1918 bis 1939) mit Einschränkungen demokratische Erfahrungen machen – teilweise teilte man hier die Werte, Vorstellungen und Ziele, die dem heutigen normativen Konzept der Zivilgesellschaft entsprechen. Auch schon während der Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie im 19. Jahrhundert konnten demokratische Erfahrungen z. B. im verbreiteten Vereins- und Assoziationswesen gesammelt werden. Ähnliche Erfahrungen machten ostmitteleuropäische Staaten wie Tschechien, Polen und Ungarn. Die Bukowina und Galizien erreichten bereits im Jahr 1910 eine Vereinsdichte, die bis heute nicht in jeder Region festgestellt werden kann.

Betrachtet man die sozio-ökonomische Entwicklung in den Gebieten Ternopil und Saporishshja, so liegt die

südöstliche Region klar im Vorteil. Hier gibt es viele Industriebetriebe und entsprechend viele Arbeitsplätze (vgl. Grafik 3). Im westukrainischen Gebiet Ternopil liegt die Arbeitslosenquote wesentlich höher und das Niveau der Löhne und Gehälter ist eins der niedrigsten in der Ukraine. Das südöstliche Gebiet Saporishshja erreicht hingegen meist überdurchschnittliche Werte.

### Aktive und nichtaktive Organisationen

Die statistischen Zahlen spiegeln nicht immer den tatsächlichen Organisationsgrad in der Gesellschaft wider. Nicht jede registrierte Organisation ist auch wirklich aktiv. Viele ukrainische Wissenschaftler vertreten die Meinung, dass die meisten ukrainischen NPOs nicht einmal zwei Jahre überleben. Nach Expertenschätzungen sind von den vielen registrierten NPOs in der Ukraine nur noch 4.000 bis 5.000 wirklich aktiv. Andere Schätzungen gehen von 8.500 aktiven Organisationen aus.

In diesem Beitrag wurden solche gesellschaftlichen Strukturen wie etwa Gewerkschaften, Verbraucherverbände oder Organe der bürgerlichen Selbstverwaltung außer Acht gelassen, die in der Regel als zivilgesellschaftliche Institutionen angesehen werden (vgl. Tab. 4). Die aufgezählten Organisationen wurden teilweise noch in der Sowjetunion gegründet und von der Bevölkerung in der Regel als verlängerter Arm des Staates wahrgenommen. Neben den alten, traditionellen Gewerkschaften gibt es auch neue, alternative gewerkschaftliche Organisationen. Diese auseinanderzuhalten stellt eine enorme statistische Herausforderung dar. Auch bei Verbraucherschutzverbänden und Organen der bürgerlichen Selbstverwaltung ist nicht immer klar, ob die Organisationsgründung auf die Initiative von oben (staatliche Strukturen) oder von unten (einzelne Bürger) zurückzuführen ist. Aus diesem Grund werden diese gesellschaftlichen Gruppen nicht als Organisationen des Dritten Sektors angesehen, obwohl unter ihnen durchaus auch zivilgesellschaftliche Organisationen zu finden sind.

Des Weiteren werden dem zivilgesellschaftlichen Sektor von einigen Wissenschaftlern auch soziale Bewegungen oder informelle Gruppen zugeordnet. Auch religiöse Organisationen fördern bekanntlich die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement und können durchaus auch zivilgesellschaftliche Züge haben. Es stehen demnach den nicht aktiven offiziell registrierten Organisationen des Dritten Sektors die aktiven demokratischen gesellschaftlichen Strukturen, die aufgrund der statistischen Erfassung nicht eindeutig der Zivilgesellschaft zugeordnet werden können, gegenüber. Es wird bei der Analyse angenommen, dass diese Organisationen sich gegenseitig ausgleichen.

## Interne Struktur und regionale Ausprägung des Dritten Sektors

Von einigen Experten wird behauptet, dass Strukturierung und Entwicklungsstand des Dritten Sektors von der jeweiligen Auffassung der Zivilgesellschaft in den Regionen abhängen. Bei dieser Argumentation wird häufig darauf hingewiesen, dass Regionen aufgrund ihrer historisch-kulturellen Entwicklung unterschiedliche Visionen haben und von unterschiedlichen Faktoren geprägt sind. Sehr verbreitet ist die Meinung, die Zivilgesellschaft sei im Südosten der Ukraine etwas schwächer entwickelt, weil sie von der breiten Bevölkerung lediglich als Ersatz für den Staat im sozialen Bereich angesehen wird.

Diese These soll anhand der statistischen Zahlen der wohltätigen Organisationen überprüft werden (vgl. Tab. 5). Auf der regionalen Ebene finden die sozial-karitativen Organisationen eine unregelmäßige Verbreitung: Zusammenfassend kann man sagen, dass Wohlfahrtsverbände, Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen weder im Osten (14,2 %) noch im Süden (14,9 %) des Landes eine überdurchschnittliche Verbreitung finden. Das Zentrum der Ukraine erreicht durch starke Repräsentation der Wohlfahrtsverbände in der Hauptstadt insgesamt einen Anteil von 17,7 %. Überdurchschnittliche Werte sind auch in der Westukraine (16,6 %) zu beobachten.

In einzelnen Verwaltungsgebieten lassen sich Besonderheiten der internen Strukturierung des Dritten Sektors beobachten. Im Gebiet Tscherniwzi, das in der Ukraine als besonders multikulturell gilt, überwiegen beispielsweise die national-kulturellen und ethnischen Vereinigungen. Die religiösen und konfessionsgebundenen Organisationen sind am stärksten in den Gebieten Lwiw und Winnyzja verbreitet. Die Region Saporishshja zeichnet sich durch eine große Anzahl an Kosaken-Vereinen aus. Donezk und Mykolajiw haben viele politisch ausgerichtete Organisationen, die durch besondere Nähe zur Politik, sei es zu oppositionellen Politikern oder staatlichen Funktionären, gekennzeichnet sind. Da die Zivilgesellschaft den staatlichen Organen und politischen Funktionären immer wieder in die

Quere kommt, entschließen sich diese, eigene gesellschaftliche Organisationen zu gründen. Diese Organisationen des Dritten Sektors erhalten in der Regel Gelder aus dem Staatshaushalt und stellen sich öffentlich auf die Seite eines Politikers oder einer politischen Partei. Exemplarisch wird die interne Struktur des Dritten Sektors in den Verwaltungsgebieten Sumy, Lwiw und Donezk dargestellt (vgl. Grafik 4).

Wenn die Unterschiede im Allgemeinen auch nicht so stark ausfallen, lässt sich in den Regionen durchaus eine unterschiedliche Akzentuierung in den Tätigkeitsbereichen beobachten. Während sich in Lwiw und Donezk die Bereiche Jugend und Sport hervortun und etwa ein Drittel aller Organisationen ausmachen, sind das im Gebiet Sumy die Berufsverbände. Der Tätigkeitsbereich Erziehung und Bildung ist am stärksten im Gebiet Lwiw vertreten, die Veteranenvereine, Kinder- und Frauenorganisationen fanden in Donezk etwas breiteres Interesse als in anderen Regionen. Die genaue Strukturierung des Dritten Sektors auf der regionalen Ebene in einem bestimmten Zeitraum (2006 bis 2009) wird am Beispiel des Gebietes Ternopil in Tab. 6 dargestellt.

## Fazit

Betrachtet man die institutionelle Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Gebieten Ternopil und Saporishshja, so lässt sich die These über den zivilgesellschaftlichen Vorsprung dieser westukrainischen Region nicht bestätigen. Die beiden Regionen machten in den letzten zehn Jahren fast die gleiche Entwicklung durch und liegen heute sowohl in Bezug auf Quantität als auch auf Intensität unter dem landesweiten Durchschnitt.

Auch wenn man die regionalen Daten in ihrer Gesamtheit vergleicht, können im Bereich der institutionalisierten Zivilgesellschaft keine relevanten Unterschiede zwischen Ost und West festgestellt werden. Im Gegenteil: Die zahlenmäßige Entwicklung ist sehr ähnlich. In der Ausrichtung der Organisationstätigkeit lassen sich dagegen je nach Region unterschiedliche Akzentuierungen feststellen.

### *Über den Autor:*

Mykhaylo Banakh promoviert in Freiburg zum Thema »Die Relevanz der Zivilgesellschaft bei den postkommunistischen Transformationsprozessen in osteuropäischen Ländern: Beispiel Ukraine«.

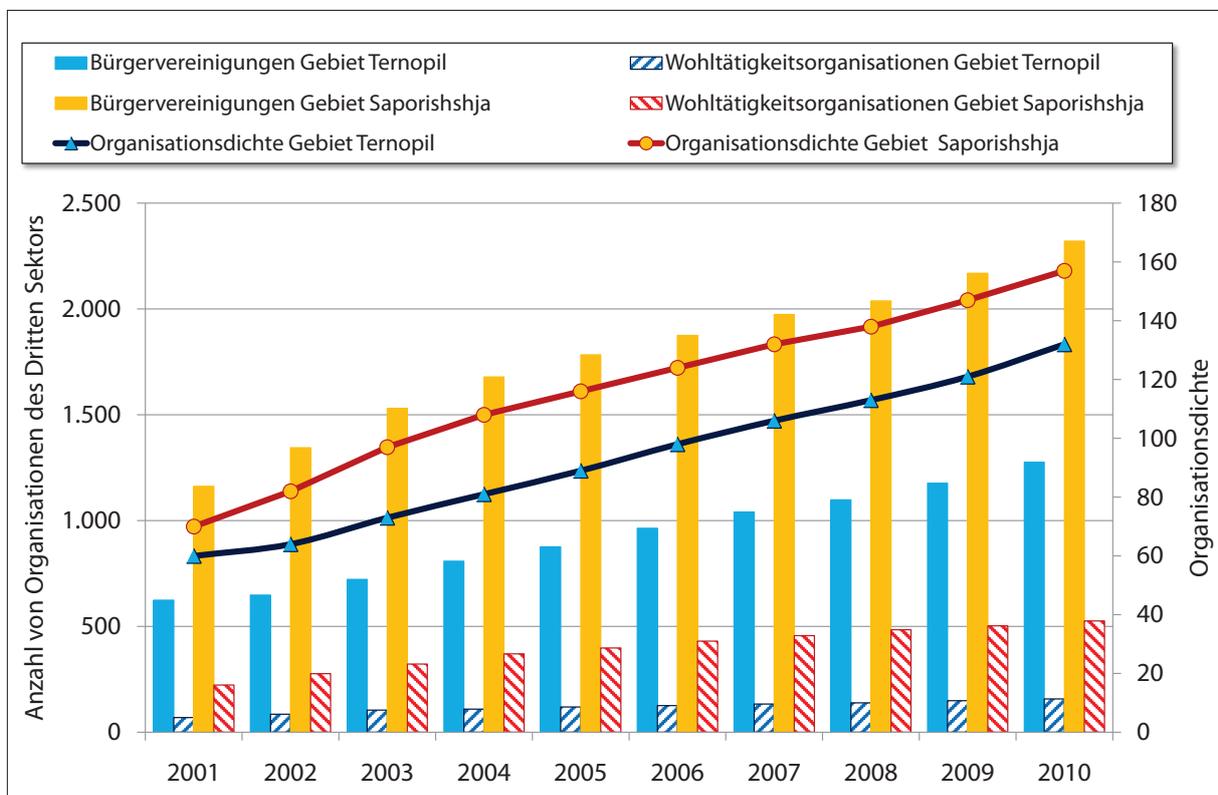
## Die Entwicklung der Zivilgesellschaft

Tabelle 1: Beteiligungsgrad

Form des zivilgesellschaftlichen Engagements	Hoher Grad der Aktivität	Niedriger Grad der Aktivität
Mitgliedschaft	aktives Mitglied (Amts- oder Funktionsübernahme, Verantwortung für ein gewisses Projekt)	passives Mitglied (Zahlung des Mitgliedsbeitrags, Teilnahme an der Jahresversammlung)
Spende	regelmäßige Spenden (z.B. monatlich, jährlich etc.)	einmalige Spende (sporadische finanzielle Unterstützung)
Beteiligung an der Arbeit der freiwilligen Organisationen	ehrenamtliche Arbeit (Verpflichtung, wöchentlich bestimmte Stundenzahl ehrenamtlich zu arbeiten)	vorübergehende Freiwillige (Freiwilligenarbeit nur bei ausgewählten Aktionen, bestimmten Ereignissen)
Teilnahme an Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen	Teilnahme aus eigener Überzeugung; Besuch von Seminaren, Vorträgen und weiteren Maßnahmen der bürgerlichen Bildung	Konsumcharakter (Teilnahme an Aktivitäten der Organisationen, von welchen materielle Unterstützung oder finanzielle Hilfe empfangen bzw. erwartet wird)

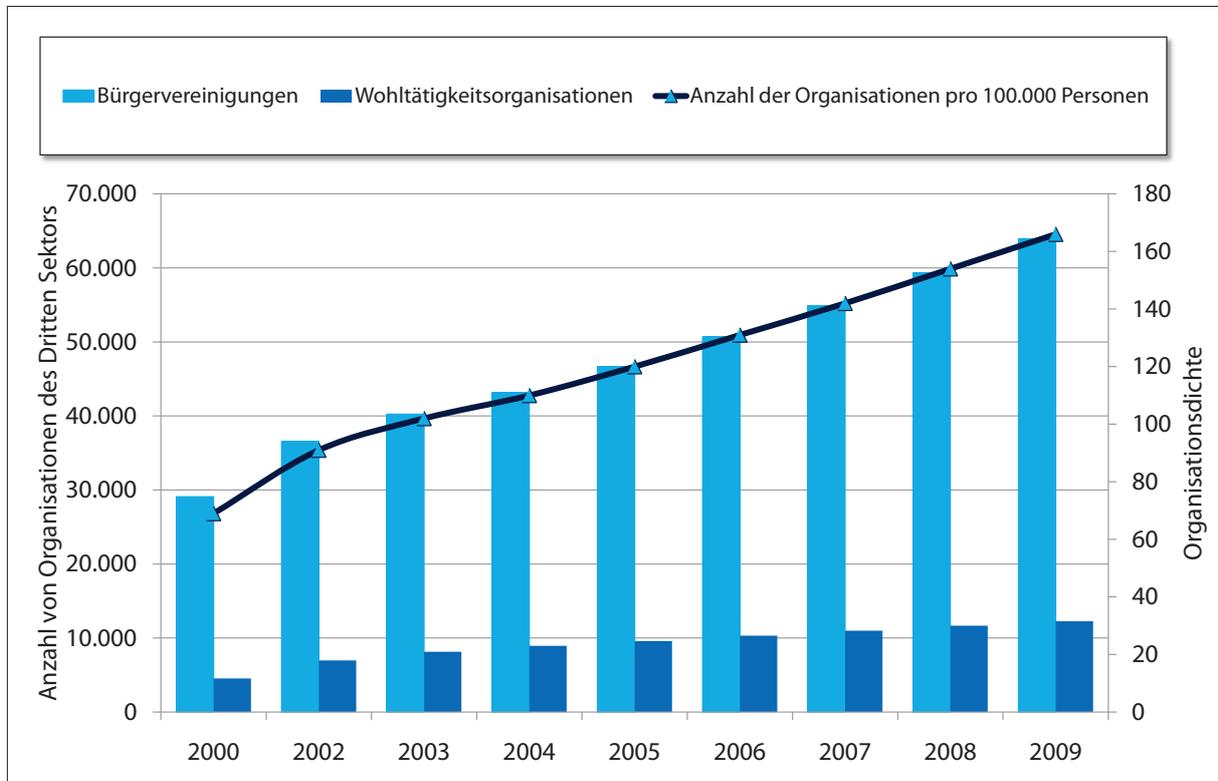
Quelle: Eigene Darstellung von Mykhaylo Banakh.

Grafik 1: Non-Profit-Organisationen und Organisationsdichte in den Gebieten Ternopil und Saporishshja (Dichte pro 100.000 Einwohner)



Quelle: Daten aus dem Statistischen Jahrbuch des Gebiets Ternopil für die Jahre 2000 bis 2009 bzw. Daten des Staatlichen Komitees für Statistik, [www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua).

Grafik 2: Anzahl und Dichte der Non-Profit-Organisationen in der Ukraine 2000 bis 2009



Quelle: Daten aus dem Statistischen Jahrbuch der Ukraine für 2009. Angaben jeweils für das Jahresende.

Tabelle 2: Wachstumsdynamik der Bürgervereinigungen in den Regionen

Region	1999	2009	Differenz	Wachstum
Krim	2.228	3.326	1.098	1,49
Odessa	790	4.016	3.226	5,08
Cherson	484	1.414	930	2,92
Mykolajiw	773	1.823	1.050	2,36
Süden	4.275	10.579	6.304	2,47
Stadt Kiew	2.301	7.576	5.275	3,29
Winnyzja	675	1.635	960	2,42
Shtomyr	606	1.408	802	2,32
Gebiet Kiew	792	3.747	2.955	4,73
Kirowohrad	567	1.313	746	2,32
Poltawa	791	2.037	1.246	2,58
Sumy	565	1.540	975	2,73
Chmelnyzkyj	619	1.392	773	2,25

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Wachstumsdynamik der Bürgervereinigungen in Regionen (Fortsetzung)

Region	1999	2009	Differenz	Wachstum
Tscherkasy	660	1.600	940	2,42
Tschernihiw	541	1.125	584	2,08
<i>Zentrum</i>	<i>8.117</i>	<i>23.373</i>	<i>15.256</i>	<i>2,88</i>
<i>ohne die Stadt Kiew</i>	<i>5.816</i>	<i>15.797</i>	<i>9.981</i>	<i>2,72</i>
Wolynien	524	1.224	700	2,34
Transkarpatien	740	1.720	980	2,32
Iwano-Frankiwsk	772	1.650	878	2,14
Lwiw	1.850	3.968	2.118	2,14
Riwne	564	1.227	663	2,18
Ternopil	574	1.165	591	2,03
Tscherniwzi	376	1.055	679	2,81
<i>Westen</i>	<i>5.400</i>	<i>12.009</i>	<i>6.609</i>	<i>2,22</i>
Dnipropetrowsk	1.638	3.796	2.158	2,32
Donezk	2.368	4.943	2.575	2,09
Saporishshja	1.081	2.321	1.240	2,15
Luhansk	1.053	2.597	1.544	2,47
Charkiw	1.558	3.334	1.776	2,14
<i>Osten</i>	<i>7.698</i>	<i>16.991</i>	<i>9.293</i>	<i>2,21</i>
<i>Ukraine</i>	<i>25.490</i>	<i>62.952</i>	<i>37.462</i>	<i>2,47</i>

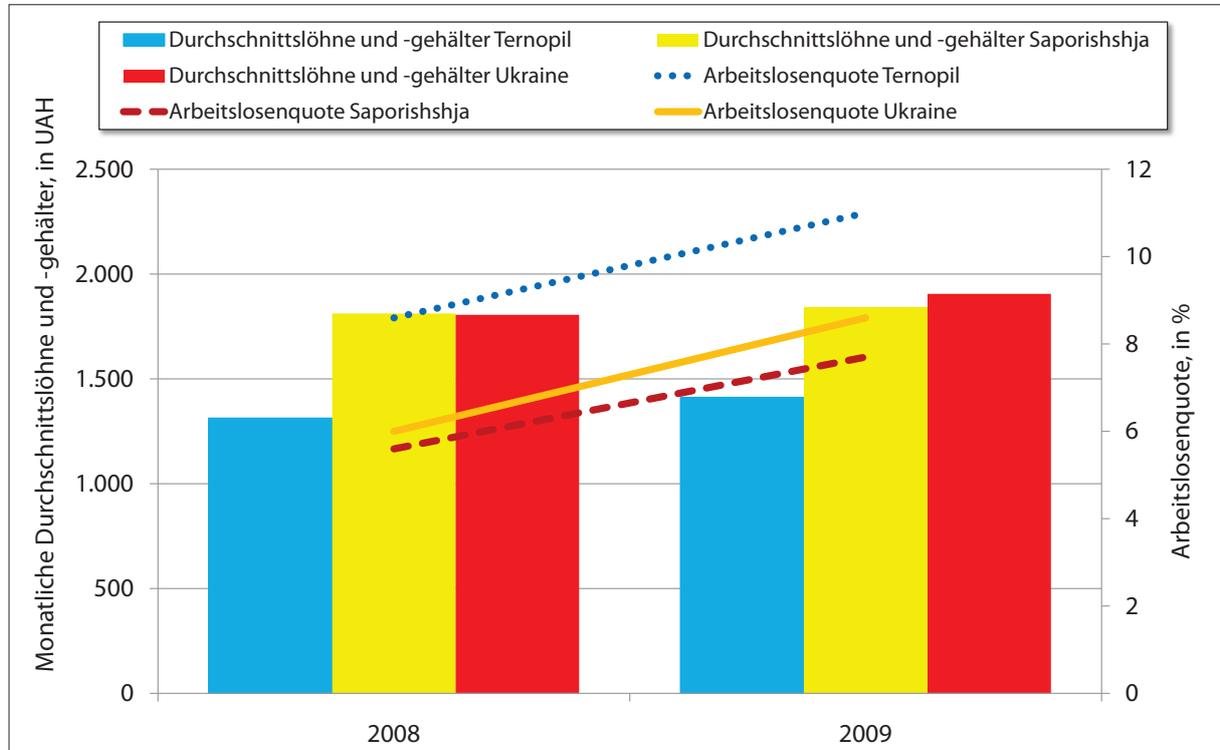
Quelle: Daten des Staatlichen Komitees für Statistik, [www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua)

**Tabelle 3: Dichte der Non-Profit-Organisationen in allen Verwaltungsgebieten, den Städten Kiew und Sewastopol (2009)**

Region	Anzahl der Non-Profit-Organisationen	Gesamtbevölkerung (Tausend Personen)	Anteil der städtischen Bevölkerung, in %	Dichte pro 100.000 Einwohner
Stadt Sewastopol	1.087	380,5	93,9	286
Krim	3.856	1.965,3	62,9	196
Odessa	4.784	2.391,0	66,7	200
Cherson	1.610	1.093,4	61,1	147
Mykolajiw	2.175	1.189,5	67,7	183
<i>Süden</i>	<i>13.512</i>	<i>7.019,7</i>	<i>66,4</i>	<i>192</i>
<i>ohne Sewastopol</i>	<i>12.425</i>	<i>6.639,2</i>	<i>64,8</i>	<i>187</i>
Stadt Kiew	10.268	2.785,1	100	369
Winnyzja	1.846	1.650,6	49,3	112
Shtomyr	1.632	1.285,8	57,7	127
Gebiet Kiew	4.238	1.721,8	61,1	246
Kirowohrad	1.548	1.017,8	61,7	152
Poltawa	2.351	1.499,6	60,8	157
Sumy	1.726	1.172,3	67,2	147
Chmelnyzkyj	1.618	1.334,0	54,4	121
Tscherkasy	1.901	1.295,2	55,9	147
Tschernihiw	1.284	1.109,7	62,4	116
<i>Zentrum</i>	<i>28.412</i>	<i>14.871,9</i>	<i>66,3</i>	<i>191</i>
<i>ohne die Stadt Kiew</i>	<i>18.144</i>	<i>12.086,8</i>	<i>58,6</i>	<i>150</i>
Wolynien	1.439	1.036,7	51,6	139
Transkarpatien	2.232	1.244,8	37,1	179
Iwano-Frankiwsk	1.993	1.380,7	43,2	144
Lwiw	4.831	2.549,6	60,7	189
Riwne	1.403	1.151,6	47,8	122
Ternopil	1.314	1.088,9	43,6	121
Tscherniwzi	1.188	904,4	41,9	131
<i>Westen</i>	<i>14.400</i>	<i>9.356,7</i>	<i>48,6</i>	<i>154</i>
Dnipropetrowsk	4.550	3.355,5	83,5	136
Donezk	5.571	4.466,7	90,5	125
Saporishshja	2.847	1.811,7	76,8	157
Luhansk	2.955	2.311,6	86,7	128
Charkiw	3.888	2.769,1	80,0	140
<i>Osten</i>	<i>19.811</i>	<i>14.714,6</i>	<i>84,6</i>	<i>135</i>
<i>Ukraine</i>	<i>76.135</i>	<i>45.962,9</i>	<i>68,6</i>	<i>166</i>

Quelle: Daten des Staatlichen Komitees für Statistik, [www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua)

Grafik 3: Sozioökonomische Daten in den Gebieten Ternopil und Saporishshja



Quelle: Staatliches Komitee für Statistik, [www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua)

Tabelle 4: Entwicklung sonstiger gesellschaftlicher Strukturen

Organisationen	2003	2006	2009
Gewerkschaftsverbände	13.507	17.360	24.649
Verbraucherverbände	625	482	404
Religiöse Organisationen	16.491	19.706	22.343
Künstlervereinigungen	139	204	240
Wohnungseigentümergeinschaften	2.833	5.295	10.329
Organe der bürgerlichen Selbstverwaltung	231	604	1.152
Gesamt	33.826	43.651	59.117

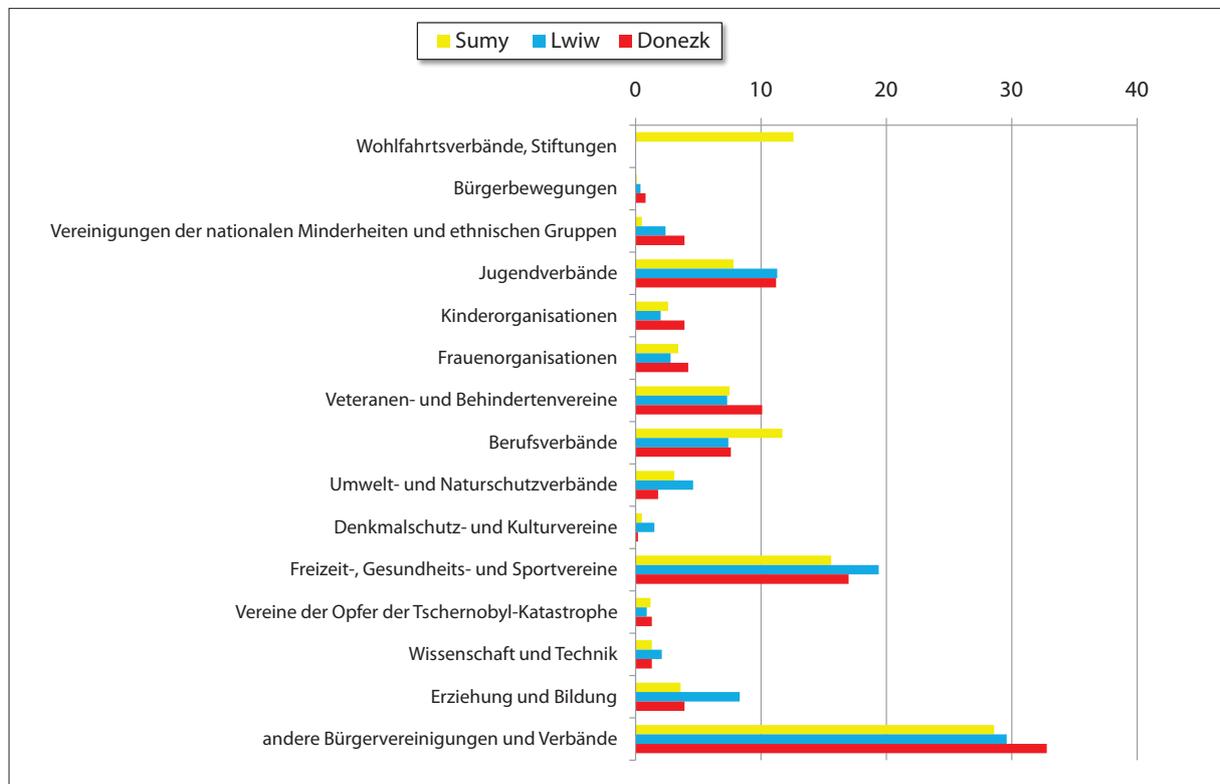
Quelle: Daten des Statistischen Jahrbuchs der Ukraine für 2009.

Tabelle 5: Regionale Verbreitung wohltätiger Organisationen (2009)

Region	Anzahl der Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Wohltätigkeits- organisationen	Anzahl der Organisationen des Dritten Sektors	Anteil, in %
Stadt Sewastopol	167	1.087	15,4
Krim	530	3.856	13,7
Odesa	768	4.784	16,1
Cherson	196	1.610	12,2
Mykolajiw	352	2.175	16,2
<i>Süden</i>	<i>2.013</i>	<i>13.512</i>	<i>14,9</i>
Stadt Kiew	2.692	10.268	26,2
Winnyzja	211	1.846	11,4
Shtomyr	224	1.632	13,7
Gebiet Kiew	491	4.238	11,6
Kirowohrad	235	1.548	15,2
Poltawa	314	2.351	13,4
Sumy	186	1.726	10,8
Chmelnyzkyj	226	1.618	14,0
Tscherkasy	301	1.901	15,8
Tschernihiw	159	1.284	12,4
<i>Zentrum</i>	<i>5.039</i>	<i>28.412</i>	<i>17,7</i>
Wolynien	215	1.439	14,9
Transkarpatien	512	2.232	22,9
Iwano-Frankiwsk	343	1.993	17,2
Lwiw	863	4.831	17,9
Riwne	176	1.403	12,5
Ternopil	149	1.314	11,3
Tscherniwzi	133	1.188	11,2
<i>Westen</i>	<i>2.391</i>	<i>14.400</i>	<i>16,6</i>
Dnipropetrowsk	754	4.550	16,6
Donezk	628	5.571	11,3
Saporishshja	526	2.847	18,5
Luhansk	358	2.955	12,1
Charkiw	554	3.888	14,2
<i>Osten</i>	<i>2.820</i>	<i>19.811</i>	<i>14,2</i>
<i>Ukraine</i>	<i>12.263</i>	<i>76.135</i>	<i>16,1</i>

Quelle: Daten des Staatlichen Komitees für Statistik, [www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua)

**Grafik 4: Interne Strukturierung des Dritten Sektors in ausgewählten Gebieten Ende 2006 (Anteile in %)**



Nach: Razumkov Centre (2007): *State and trends of development of civil society institutes in the regions of Ukraine*. In: *National Security & Defence*, Heft 6 (90), 54–60, hier S. 58–59, [http://razumkov.org.ua/eng/files/category\\_journal/NSD90\\_eng.pdf](http://razumkov.org.ua/eng/files/category_journal/NSD90_eng.pdf)

**Tabelle 6: Interne Struktur des Dritten Sektors im Gebiet Ternopil 2006 bis 2009**

Organisationen	2006	2007	2008	2009	Anteil 2009, in %
Wohlfahrtsverbände, Stiftungen	133	139	149	157	11,0
Bürgerbewegungen	5	5	5	5	0,3
Vereinigen der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen	17	18	19	21	1,5
Jugendverbände	141	147	158	170	11,9
Kinderorganisationen	22	22	24	26	1,8
Frauenorganisationen	47	47	47	49	3,4
Veteranen- und Behindertenvereine	138	143	143	148	10,3
Berufsverbände	163	175	199	207	14,4
Umwelt- und Naturschutzverbände	37	37	37	40	2,8
Denkmalschutz- und Kulturvereine	17	18	19	21	1,5
Freizeit-, Gesundheits- und Sportvereine	141	149	176	190	13,3
Vereine der Opfer der Čornobyl-Katastrophe	21	22	22	21	1,5
Wissenschaft und Technik	11	11	11	11	0,8
Erziehung und Bildung	93	97	101	108	7,5
andere Bürgervereinigungen und Verbände	188	207	216	259	18,0
<b>Gesamt</b>	<b>1174</b>	<b>1237</b>	<b>1326</b>	<b>1433</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Gebiets Ternopil für die Jahre 2006 bis 2009.

## Gefangen in der Pufferzone: Migration, Flüchtlinge und die Auswirkungen der EU-Außenpolitik

Von Raphi K. Rechitsky, Minnesota

### Zusammenfassung

Die Reaktionen der Medien und Regierungen auf die arabischen Revolutionen in Nordafrika und im Nahen Osten haben moralische Panik angesichts des gewaltigen Ausmaßes der neuen Migrationswellen ausgelöst. Allerdings ist wenig über die Politik und die Bedingungen bekannt, die die Flüchtlinge dazu zwingen, von den Rändern der EU in die östlichen Mitgliedsländer zu immigrieren. Ein Blick auf die EU-Außenpolitik und die Unterstützung für die EU-Nachbarn zeigt deutlich, dass eine Transformation hin zu einer Politik, die auf Menschenrechten und Freizügigkeit basiert, notwendig ist. Da die Flüchtlinge gesetzlich und sozial im Bereich Wohnen und Arbeit ausgegrenzt und oft Opfer von rassistischer Gewalt werden, bleiben viele hilflos in der Ukraine zurück und haben weder die Möglichkeit sich dort zu integrieren noch die Chance in die sichereren westlichen Länder weiterzureisen.

### Migrationsdynamik

Die unabhängige Ukraine ist nicht nur ein Land, aus dem Migranten kommen, sondern auch eines, das selbst Migranten aufnimmt. Allerdings erklären internationale Think Tanks, dass »verlässliche Daten über den tatsächlichen Umfang der Migration und die jeweiligen Herkunftsländer der Migranten kaum erhältlich sind«. Insbesondere übertriebene Schätzungen von über 7 Mio. registrierten Ausländern repräsentieren nicht die tatsächliche Immigration, sondern vor allem kurzzeitige Urlaubs-, Familien- und Arbeitsaufenthalte von Menschen aus den visafreien ehemaligen Sowjetrepubliken. Laut offiziellen Angaben leben 150.000 Migranten dauerhaft in der Ukraine (entsprechend den Registrierungen seit 2006). Vermutlich liegt die Zahl zwar wesentlich höher, überschreitet aber die Marke von 500.000 nicht. Dazu gehören auch 40.000 ausländische Studierende aus 130 Ländern, die die Ukraine jedes Jahr aufnimmt. Einige von ihnen wollen weiter in die EU reisen, können dies aber nicht auf legalem Wege tun. Die meisten Migranten suchen nach Arbeit, Bildung oder Zuflucht und landen in Städten wie Kiew, Odessa oder Charkiw. Seit 1999 ist der Migrationssaldo beinahe jährlich gestiegen: Es kommen mehr Menschen in die Ukraine als das Land verlassen. Unter ihnen sind Usbeken, Kirgisen, Iraner, Iraker, Kongolesen, Menschen aus Côte d'Ivoire und Somalia, Palästinenser und Staatenlose, die in der Ukraine stranden, weder Asyl noch eine Existenzgrundlage finden und auch nicht in die sichereren Länder in Westeuropa weiterreisen können.

### Flüchtlingspolitik und Praxis

Das Asylsystem der Ukraine ist nicht nur von Bedeutung, weil das Land an einer Schnittstelle verschiedener Migrationsströme liegt, sondern auch weil es verantwortlich ist für die Implementierung von Gesetzen

für die Flüchtlinge, die sich in diesen Strömen bewegen. Das erste Flüchtlingsgesetz von 1993 wurde 1996 umgesetzt. Obwohl die Ukraine der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem entsprechenden Protokoll von 1967 im Jahr 2002 beigetreten ist, ist der rechtliche Rahmen aufgrund der post-orangen politischen Krise nie reformiert worden. Er bietet nicht den in anderen Ländern üblichen subsidiären oder humanitären Schutz. Seit 1996 gab es unzählige Umbildungen der Behörden und Ende 2010 ist eine lang erwartete und kontroverse Reform durchgeboxt worden. Sie soll die bisherigen Strukturen der Migrationsverwaltung auflösen, um die Verantwortung beim Innenministerium, bei einer von der Polizei geleiteten Behörde, zu zentralisieren. Es bleibt unklar, wie das Asylsystem unter diesem neuen Gesetz, das den legalen Status von Zehntausenden von Asylsuchenden in der Schwebe hält, überhaupt funktionieren soll.

Die Implementierung des Flüchtlingssschutzes durch den Staat war völlig inadäquat und wies Finanzierungslücken aufgrund von systematischer Korruption auf. Ein Interviewpartner sagte mir beim Abschied, »Flüchtlinge sind hier ein Geschäft«. Zum Beispiel ist das Flüchtlingslager in Odessa, das zur Aufnahme neuer Antragsteller geschaffen wurde, die für kurze Zeit eine Unterkunft brauchen, ein Gebäude im Zustand totaler Baufälligkeit. Es wird finanziert von der EU und der deutschen Organisation Saturn, die zum Bundesverband der Arbeitnehmerwohlfaht gehört. Über 120 Asylsuchende (darunter Familien und sogar bereits Eingebürgerte) leben hier über Jahre hinweg zwischen schimmlichen Wänden und tropfenden Rohren, außerdem bekommen sie zu wenig Lebensmittel, die oft auch schon abgelaufenen sind. Die Bewohner haben eine Ausgangssperre einzuhalten und beschreiben den Ort als Gefängnis. Diejenigen, die die schlechten Bedingungen beim Namen nennen, müssen

mit Strafen rechnen – mit einer Streichung der Dienstleistungen (z. B. Abschaltung der Heizung im Winter oder Lebensmittelkürzungen) oder einer Ausweisung unter vorgeschobenen Gründen. Angestellte haben sich Hilfsgüter vom Fernseher bis zu Lebensmitteln angeeignet und angeblich auch zu Geld gemacht. Von offizieller Seite wird derzeit nach neuer internationaler Finanzierung für den Ausbau der Einrichtung gesucht, obwohl die bestehende noch nicht einmal ausgelastet ist. Die Behörden, die jetzt für die Bestimmung des Flüchtlingsstatus der meisten Asylsuchenden in dieser Region verantwortlich sind, verkaufen befristete Dokumente und Flüchtlingsausweise und verlangen Geld für die Grundversorgung. Dafür spannen sie Übersetzer ein, denen dadurch ebenfalls Vorteile entstehen.

Die Politik und Hilfeleistung der EU haben eine vermeintlich passive ukrainische Migrationspolitik hervorgerufen. Der im Jahr 2010 erneuerte EU-Ukraine Action Plan, bei dem die Kontrolle der illegalen Migration vorrangig ist, stellt mit dem Versprechen der Europäischen Integration im Austausch für Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen einen »politischen Deal« dar. Im Vorfeld des Beitritts der Nachbarländer der Ukraine zum Schengen-Abkommen im Jahr 2008 investierte die EU über 200 Mio. Euro in die Ukraine, Belarus und Moldawien. Drei Viertel der Zahlungen wurden für die »technische Hilfe« bei Grenzkontrollen eingesetzt, die restlichen Mittel gingen größtenteils in die Rückführung, ins Migrationsmanagement und in Integrationsprogramme. Mit der andauernden Abschottung des Schengenraums bleibt weiterhin wenig bekannt über die mangelnde Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine, die soziale Ausgrenzung der Flüchtlinge und Migranten sowie die sonstigen Faktoren, die den Wunsch wecken, in ein EU-Land weiterzureisen.

### **Gesetzliche und soziale Ausgrenzung**

Die meisten Migranten verbleiben einige Jahre im Prozedere der Statusbestimmung (s. Grafik 1). Einige Flüchtlinge, mit denen ich gesprochen habe, warten schon über acht Jahre auf eine Entscheidung, also ungefähr seit der Umsetzung des Flüchtlingsgesetzes im Jahr 2002. Weniger als die Hälfte, schätzen NGOs, sehen ihre Anträge am Ende tatsächlich dem Obersten Gerichtshof vorliegen, der einen Teil der unbegründeten und systematischen Ablehnungen, die niedere Gerichte und Autoritäten verfügt haben, zurückweisen könnte. Während des Gerichtsprozesses werden die Pässe der Asylsuchenden einbehalten, im Austausch für vier verschiedene Typen von Ersatzdokumenten, die nur wenig Akzeptanz bei den Autoritäten und in der Gesellschaft finden.

Angesichts dieses rechtlichen Status und permanenter post-sowjetischer Identifikations-Bürokratie werden

die Asylbewerber zu Opfern von Erpressungsversuchen und »versteckter Steuern«, insbesondere bei Polizeikontrollen, die häufig offen rassistisch durchgeführt werden. Sogar mit einem gültigen Ersatzdokument können die Polizei oder die Verwalter der Grundversorgung die Vorlage von Wohnungs-, Registrierungs- oder Arbeitsdokumenten fordern. Eine Registrierung erfordert einen Vertrag mit einem Vermieter und ist für Asylbewerber auf legalem Wege extrem schwer, oder gar nicht, zu bekommen, weil hier aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, rechtlichem Status und Familiengröße diskriminiert wird. Ein ad hoc Experiment, bei dem ich mich auf Wohnungsanzeigen telefonisch gemeldet habe, je auf zehn in Kiew, Charkiw und Odessa, endete bis auf eine Ausnahme mit der Ablehnung der Besichtigung, nachdem ich meinen ausländischen Hintergrund als Nigerianer, Afghane oder Usbeke mit Familie offenbart hatte. (Bei der einen Ausnahme erschien der Vermittler nicht zum Besichtigungstermin.) Ein Flüchtling sprach auch von Problemen mit dem Rechtsstatus: »Ich treffe mich mit dem Eigentümer, um eine Wohnung zu mieten, mit einem (vorläufigen) Vertrag in der Hand. Er fragt mich nach meinen Dokumenten und sagt »Nicht einmal einen Pass? Einen Ersatzausweis? Das ist kein Ausweisdokument.« Dann geh ich zur Migrationsstelle und die fragen mich, wo meine Registrierung ist.« Darüber hinaus werden die Gerichtsverhandlungen oft vertagt, entweder aus technischen Gründen oder weil der Asylbewerber keinen offiziellen Gerichtsübersetzer bezahlen kann. Deshalb leben diejenigen, die ohne ausreichenden Zugang zu direkter Rechtshilfe sind, teilweise monatelang ohne Dokumente, bis ihre Angelegenheit verhandelt wird. Statt ein Schutzmechanismus für die am meisten gefährdeten Flüchtlinge zu sein, ist das Biten um Asyl in der Ukraine durch die genannten Probleme im Asylverfahren sowie die rechtliche und soziale Ausgrenzung zu einem allerletzten Mittel bei der Regelung des Rechtsstatus geworden.

### **Armut, nicht Integration**

Ein kleiner aber sichtbarer Teil der migrationsbezogenen Finanzhilfen für die Ukraine geht in Integrationsprogramme, die nicht auf Kontrolle aus sind, sondern eindeutig humanitäre Ziele verfolgen. Darüber hinaus wird an der Verbesserung des Flüchtlingsschutzes gearbeitet und das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) für die Ukraine, Belarus und Moldawien treibt die Implementierung eines mehrere Millionen Euro teuren EU-Projektes zur lokalen Integration voran. Einerseits halten solche Programme Kontakt zu den Verantwortlichen, um rechtliche Konzessionen auszuhandeln, und beginnen den Flüchtlingen reale Möglichkeiten zu eröffnen, was eigentlich die

Aufgabe der Regierung wäre (die einzige Unterstützung, die mit dem Flüchtlingsstatus einhergeht, ist eine einmalige Zahlung von weniger als zwei Euro). Andererseits verschleiert die auf Unterstützung basierte Agenda, die sich auf positive Fälle von Integration fokussiert, die permanente soziale Exklusion. Neben dem komplizierten Asylverfahren und der mangelnden Bereitstellung von Wohnraum stellen auch die rassistische Gewalt und die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt dauerhafte Probleme für die Asylsuchenden und Flüchtlinge dar.

Körperliche Gewalt ist dabei ein extremer Ausdruck der vielfältigen rassistisch motivierten Gewalt gegen Menschen mit nicht-europäischem Aussehen, insbesondere gegen Afrikaner und Menschen aus Südasien. Alle sechs interviewten Flüchtlinge berichteten, durch Gruppen von Fremden und organisierte nationalistische Jugendgruppen attackiert worden zu sein. Amnesty International berichtet von einem afrikanischen Asylbewerber, der auf offener Straße erstochen wurde. Durch Hass motivierte Gewalt (hate crimes) wird zumeist nicht gemeldet und nicht verfolgt – neun von (nur) elf angezeigten Fällen mit Verdacht auf einen rassistischen Hintergrund im Jahr 2009 wurden von den Staatsanwälten als »Hooliganismus« abgewiesen. Im Laufe des letzten Jahres habe ich einige Fälle gefunden, bei denen das Anzeigen von derartigen Verbrechen zu Racheaktionen seitens der Polizei geführt hat. Infolgedessen fürchten sich dunkelhäutige Flüchtlinge allein oder in der Nacht das Haus zu verlassen. Sie haben Angst vor organisierter, spontaner und staatlicher Gewalt.

Obwohl sie dasselbe modifizierte Recht auf Arbeit haben wie die Ukrainer haben, wird Asylsuchenden systematisch der Zugang zu staatlichen oder festen Stellen verwehrt. Obgleich eine neue Studie belegt, dass ein Großteil der Migranten steuerlich registriert ist, bekommen die meisten von ihnen aufgrund ihres rechtlichen Status und der Diskriminierung durch die Arbeitgeber nur informelle Jobs. Mit einem Lohn von üblicherweise weniger als drei bis acht Euro am Tag überwiegt unter den arbeitenden Flüchtlingen und Migranten die kurzfristige Arbeit auf Märkten als Träger, Händler oder Koch. Sogar mit Flüchtlingsstatus stellen die Zugänge zu Arbeit und Wohnung sowie zu Gesundheitsversorgung und Bildung dauerhafte Probleme dar, die durch Sozialprogramme nicht so schnell behoben werden können

### Gefangen im Transit

Flüchtlinge, die vor politischen Konflikten fliehen, stranden in der Ukraine, ohne Zugang zu den sicheren Ländern im Westen zu haben. Sie sind ständig von strafrechtlicher Verfolgung durch ukrainische Behörden und die mögliche Abschiebung in ihr Herkunftsland

bedroht. Im März 2010 zum Beispiel wurden acht afghanische Asylsuchende drei Tage lang von Grenzschildern gefoltert und einige von ihnen drei Tage später vom Kiewer Flughafen aus abgeschoben. Ein Gerichtstermin vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ist für diesen Fall bereits festgesetzt. In der Vergangenheit gab es bekannte Fälle von tamilischen und usbekischen Flüchtlingen, die in ihre Heimatländer abgeschoben wurden, wo den letzteren Folter und jahrelange Haftstrafen wegen politischer Äußerungen drohten. Die EU macht sich hier direkt mitschuldig, da sie innerhalb ihrer Rückführungspolitik den Grenzgängern aus der Ukraine nicht die Möglichkeit bietet, einen Asylantrag in der EU zu stellen. Menschenrechtsgruppen haben publik gemacht, dass Migranten und Flüchtlinge, die zum Beispiel aus Ungarn, der Slowakei und Polen in die Ukraine zurückgeschickt werden, dort misshandelt und während der Verhöre gefoltert werden.

Wenn sie dann freikommen, sehen sich die Asylsuchenden der Gefahr ausgesetzt in einem der drei EU-finanzierten Migrationszentren für weitere sechs Monate inhaftiert zu werden. Ein somalischer Asylsuchender, den ich interviewt habe, kehrte einen Tag nach seinem Grenzübertritt aus Ungarn in die Ukraine zurück, wurde dort von Grenzbeamten gefoltert und mehrere Monate in Haft genommen. Nach seiner Freilassung wurde er abermals attackiert, diesmal von ukrainischen Jugendlichen, die lautstark rassistische Parolen brüllten.

Indem die EU ihre östlichen Nachbarländer als sichere Staaten für Flüchtlinge ansieht, verschließt sie die Augen vor deren Not und der Verletzung der Menschenrechte durch die Auslagerung von unerwünschter Verantwortung für unerwünschte Personen in ressourcenarme Nicht-Mitgliedstaaten. Die Rolle der Ukraine im europäischen Migrationssystem ist dadurch zu der einer »Pufferzone« für den Westen geworden, die zur »Aufbewahrung« von Migranten und Flüchtlingen unter unwürdigen Bedingungen dient.

Die anstehende Fußball-EM in der Ukraine im Jahr 2012 hat die Hoffnungen auf eine EU-Mitgliedschaft steigen lassen und der damit verbundene zeitweilige visafreie Verkehr sowie die derzeitigen Gespräche über ein mögliches Freihandelsabkommen verstärken diese noch. Angesichts der übertriebenen Hoffnungen wäre der Westen gut beraten, die grundlegenden Menschenrechte ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen und Monitoring sowie internationalen Flüchtlingsschutz, statt einer Pufferzonenpolitik zu betreiben, die sich auf die Unterstützung bei Grenzkontrollen und das Migrationsmanagement konzentriert. So klagte ein Afrikaner über seinen neuen Status in der Ukraine:

»Der [Flüchtlings-] Pass, den sie mir gegeben haben, garantiert, dass ich hier sterben werde ... Europa und die UN müssen hierher kommen und uns helfen, aus diesem Land rauszukommen ... Sie sprechen von Integration, aber sie vergessen, dass das im Moment absolut unmöglich ist. Wie wollen sie uns ohne richtige Doku-

mente integrieren? Wie willst Du jemand sein, wenn Du nicht arbeiten kannst? Wie kannst Du sagen, Du bist integriert, wenn Du weiterhin jeden Tag misshandelt wirst, weil Du schwarz bist?«

*Übersetzung aus dem Englischen: Judith Janiszewski*

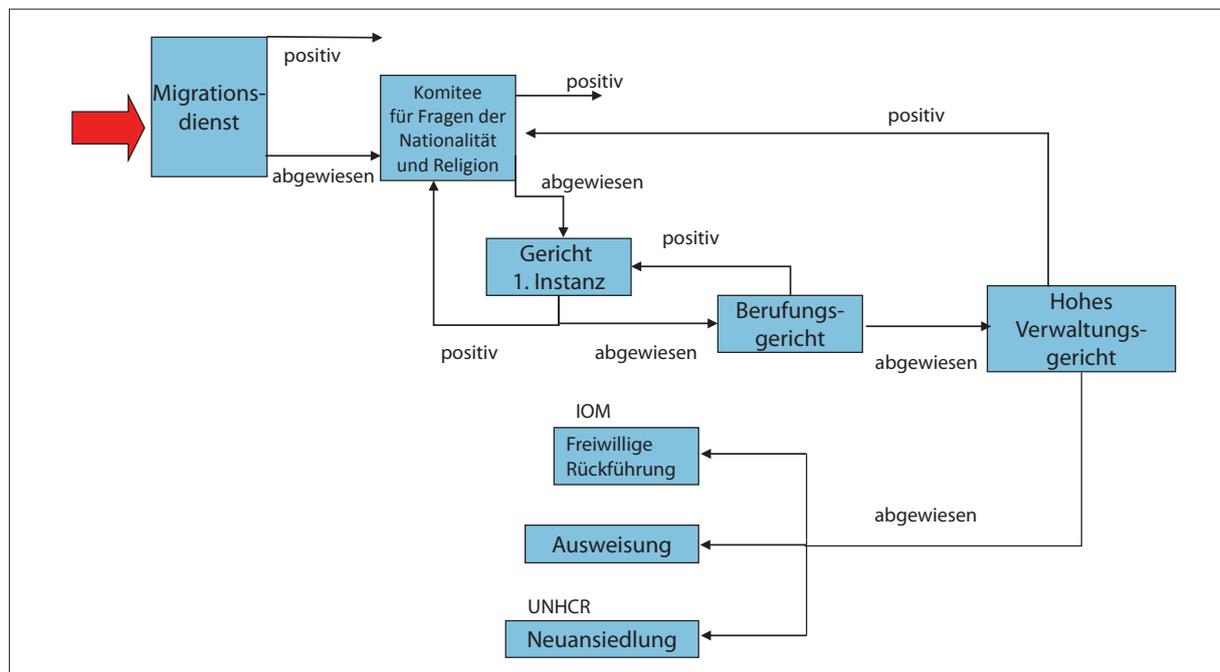
#### Über den Autor:

Raphi K. Rechitsky promoviert an der University of Minnesota in Minneapolis, USA. Er lehrt dort am Institut für Soziologie. Von 2010 bis 2011 lebte er in der Ukraine und hat dort für seine Dissertation mit dem Titel »Migration, Social Exclusion, and Global Governance: The Case of Refugees in Post-Soviet Ukraine« geforscht. Seine jüngsten Publikationen veröffentlichte er in der Zeitschrift »Political Perspectives« (<http://www.politicalperspectives.org.uk/wp-content/uploads/vol-4-2-2010-Rechitsky.pdf>) sowie in dem bald erscheinenden Sammelband »Border Crossers, Border Protectors: Social Movements and Globalization«.

#### Lesetipps:

- Duvell, Franck: Transit Migration: a Blurred and Politicised Concept, in: Population, Space and Place, 2010. DOI: 10.1002/psp.631
- Human Rights Watch: Buffeted in the Borderland: The Treatment of Asylum Seekers and Migrants in Ukraine, 2010, [www.hrw.org](http://www.hrw.org)

**Grafik 1: Das staatliche Asylsystem**

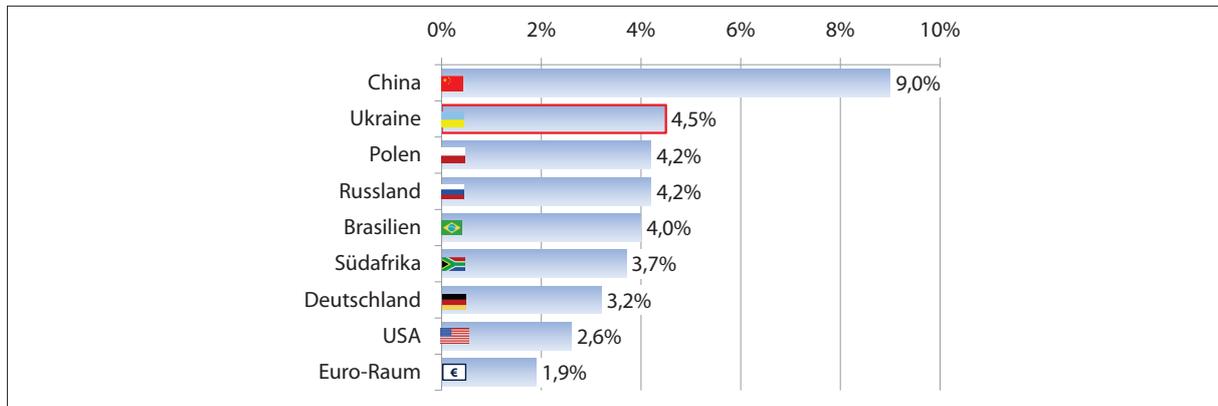


Quelle: HIAS Kyiv.

## STATISTIK

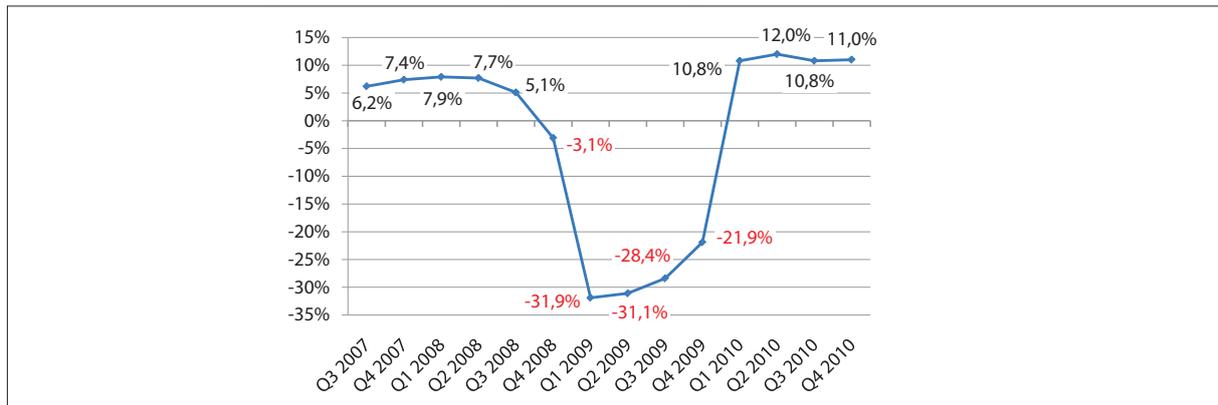
## Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr



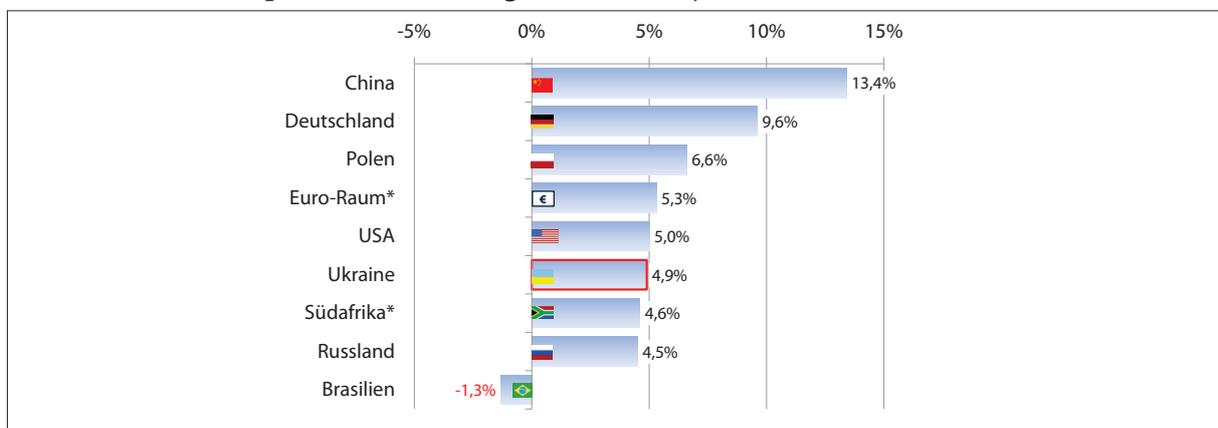
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>, 09.06.2011.

Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresquartal



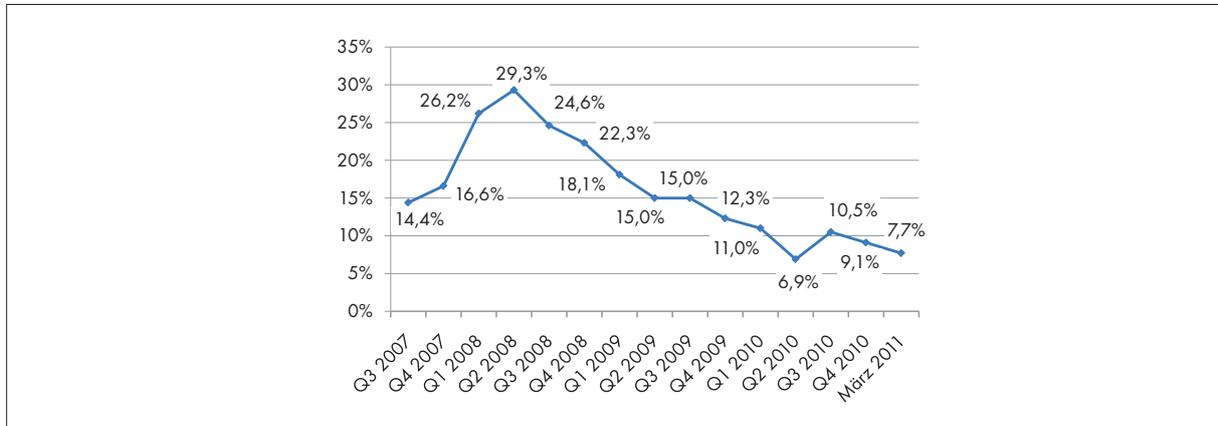
Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 5/2011*.

Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat

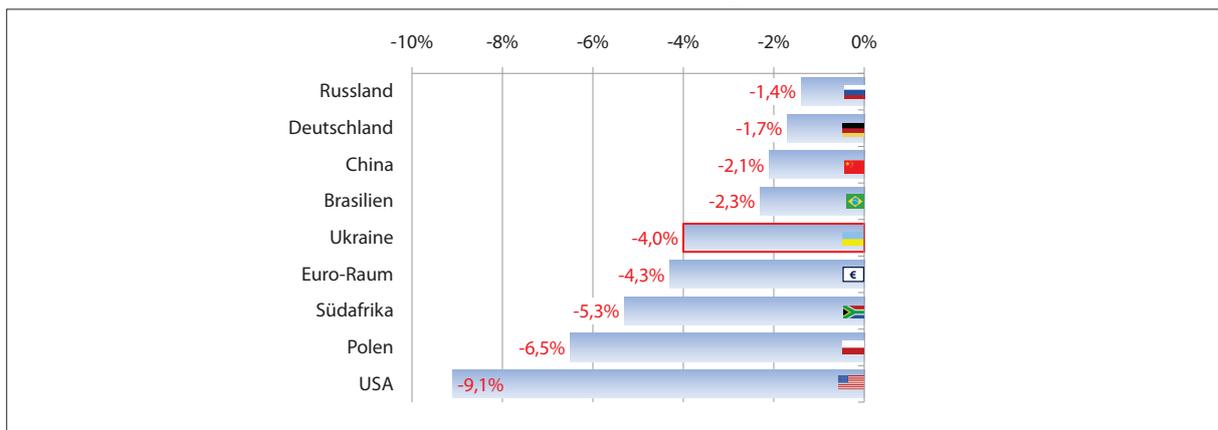


Anmerkung: Angaben für April 2011, \*= März 2011.

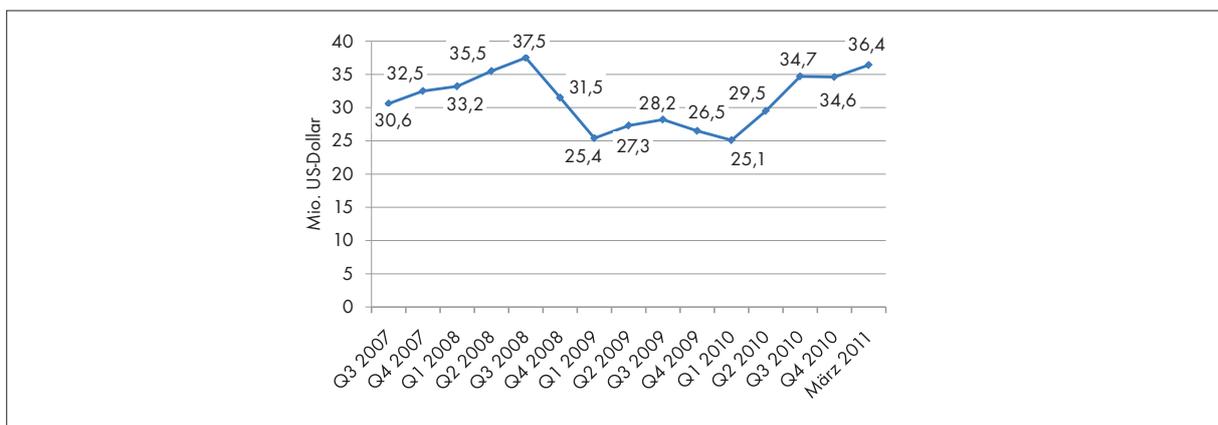
Quelle: *The Economist*, <http://www.economist.com/markets/indicators/>, 09.06.2011.

**Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresquartal (Konsumentenpreise)**

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 5/2011.

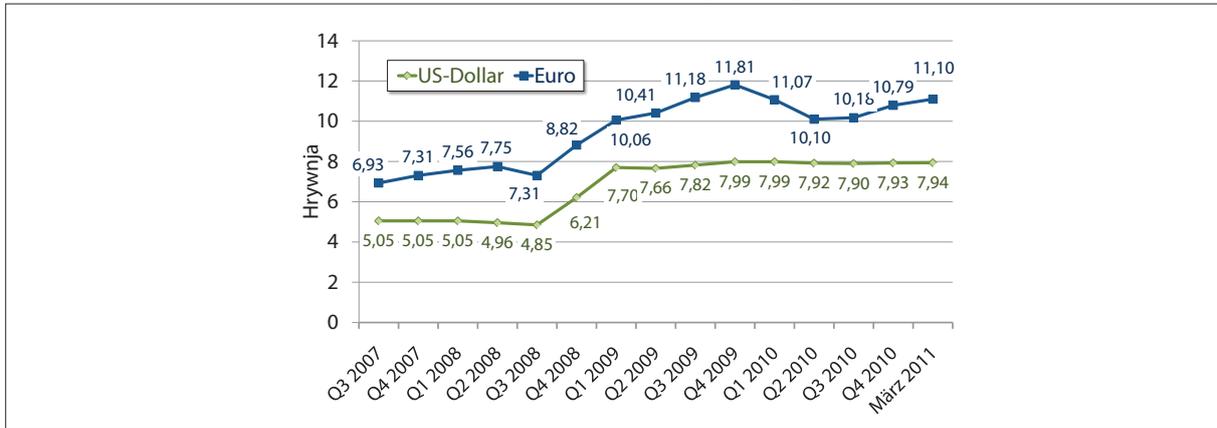
**Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2011)**

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>, 09.06.2011.

**Grafik 6: Devisenreserven in Mio. US-Dollar**

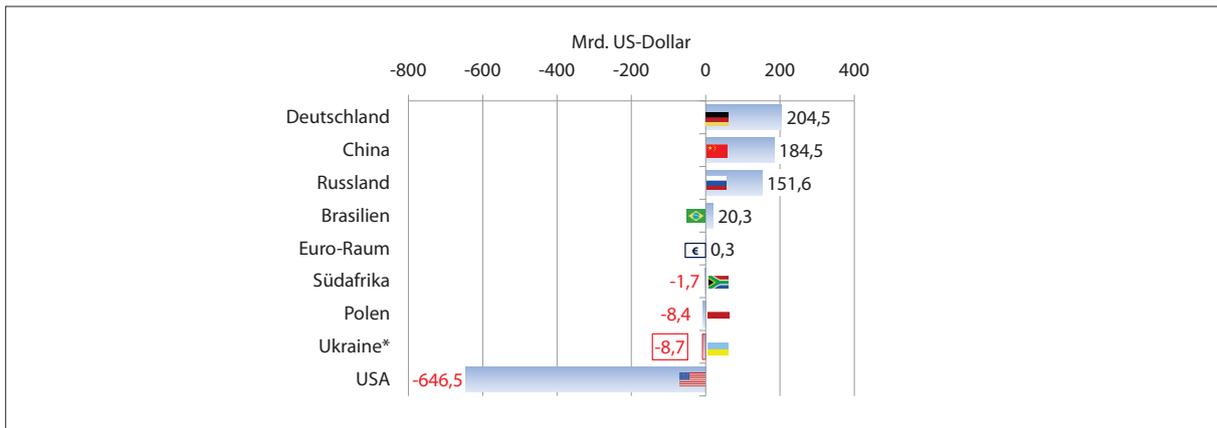
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 5/2011.

**Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)**



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 5/2011.

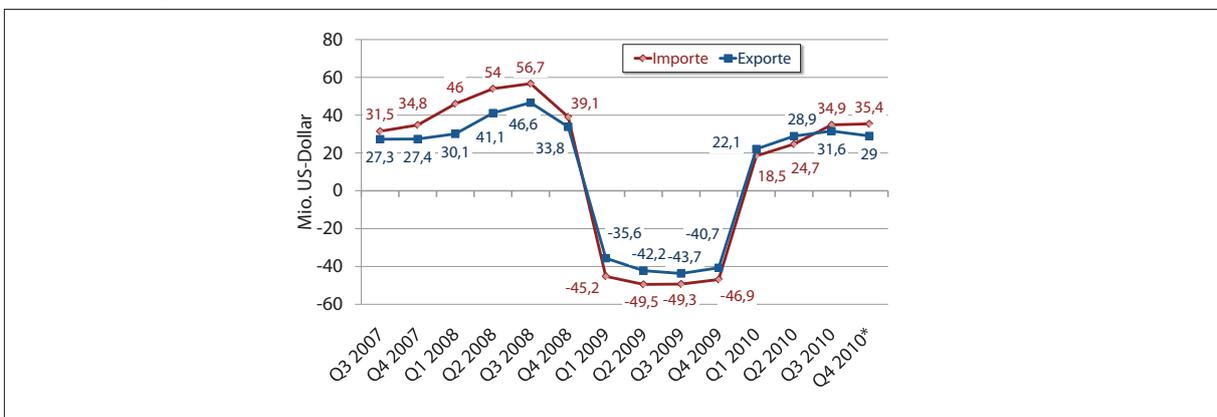
**Grafik 8: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar**



Anmerkung: Zahlen für Dezember 2010, \*= 4. Quartal 2010.

Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>.

**Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (gemessen in Mio. US-Dollar, %)**



Anm.: \*vorläufige Schätzung der Nationalbank der Ukraine

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 5/2011.

## Vom 11. Mai bis zum 14. Juni 2011

11.5.2011	Wadym Kolesnitschenko von der Fraktion Partei der Regionen fordert im Parlament die strafrechtliche Verfolgung von Vertretern der Partei Freiheit, die am Tag des Sieges Veteranen und Polizei angegriffen hätten. Des Weiteren fordert er ein Parteiverbot. Die russische Duma fordert ebenfalls eine Strafverfolgung der Organisatoren der Auseinandersetzungen, woraufhin das ukrainische Außenministerium Russland daran erinnert, dass es dort größere Probleme mit nationalistischen Bewegungen gebe. Zwei Untersuchungskommissionen (von der Generalstaatsanwaltschaft und dem Innenministerium) werden die Vorgänge prüfen.
11.5.2011	Im Parlament wird der Vorschlag einer Anhörung des Generalstaatsanwalts Wiktor Pschonka und der Menschenrechtsbeauftragten Nina Karpatschewa zur Haftsituation Jurij Luzenkos abgelehnt. Der Block Tymoschenko und Unsere Ukraine verlassen aus Protest den Sitzungssaal.
11.5.2011	Erstmals in ihrer 16-jährigen Mitgliedschaft übernimmt die Ukraine für ein halbes Jahr den Vorsitz im Europarat.
12.5.2011	Das Parlament beschließt einen Schuldenerlass für inländische Energieunternehmen, wodurch dem Staatshaushalt 214 Mio. Euro entgehen.
13.5.2011	Das Parlament verabschiedet mit 263 Stimmen die Richtlinien der Haushaltspolitik für das Jahr 2012. Es wird von einem BIP-Anstieg um 6,5 % und einer Arbeitslosenquote von 7,2 % bis 7,7 % ausgegangen.
14.5.2011	Vor dem Parlamentsgebäude in Kiew findet unter der Bezeichnung »Tag des Zorns« eine Protestveranstaltung statt. Die Demonstranten fordern die Absetzung des Präsidenten Wiktor Janukowytsch und der Regierung sowie eine Auflösung des Parlaments. Die Protestaktion war per Gerichtsbeschluss verboten worden. Es kommt zu Handgreiflichkeiten zwischen der Miliz und den Demonstranten.
16.5.2011	Ein ukrainischer Diplomat wird aus Tschechien ausgewiesen, nachdem zwei tschechische Diplomaten der Spionage verdächtigt und aus der Ukraine ausgewiesen worden waren. Das ukrainische Außenministerium nennt die Ausweisung absolut nicht angemessen. Am 24.5. wird die Ausweisung eines weiteren Diplomaten aus Tschechien bestätigt.
17.5.2011	Der seit Dezember 2010 amtierende Gesundheitsminister Ilja Jemez wird entlassen, kurz nachdem er sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Eine Woche später ernennt Präsident Wiktor Janukowytsch dessen bisherigen Stellvertreter Oleksandr Anischenko zum Amtsnachfolger.
17.5.2011	Zum Tag der Toleranz wird im Innenhof der Mohyla-Akademie in Kiew gegen die Diskriminierung von sexuellen Minderheiten protestiert. Die Aktivisten werden von Mitgliedern verschiedener nationalistischer Gruppen gestört.
18.5.2011	In Simferopol gedenken Tausende der Deportation der Krimtataren von der Krim vor 67 Jahren. Gleichzeitig fordern sie die Nationalautonomie für die Krim und die Rückbenennung von Ortschaften.
19.5.2011	In Kiew versammeln sich auf Initiative der Gruppe Vorwärts etwa 5.000 Menschen, um für eine Anhebung des Existenzminimums und der Mindestrente sowie die Absetzung der Regierung Asarow zu demonstrieren.
19.5.2011	Die Weltbank gewährt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 200 Mio. US-Dollar für Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz.
19.5.2011	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Einführung von Exportzöllen für Getreide vorsieht. Die seit Oktober 2010 geltenden Exportquoten sollen dadurch abgelöst werden.
19.5.2011	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, dass die Beteiligung von Volksvertretern bei Gerichtsprozessen einschränkt.
20.5.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt ein Gesetz, das den Aufenthalt ausländischer Truppen in der Ukraine zur Teilnahme an internationalen Militärübungen im Jahr 2011 ermöglicht. 12 solcher Übungen sind geplant, darunter zwei ukrainisch-amerikanische, zwei mit russischen Truppen und eine ukrainisch-russisch-belarussische.
20.5.2011	Julija Tymoschenko wird abermals zur Vorsitzenden der Partei Vaterland gewählt. Sie sitzt der Partei seit ihrer Gründung im Jahr 1999 vor.
21.5.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt das Gesetz über den Gebrauch des Siegesbanners bei Feierlichkeiten zum Tag des Sieges. Am vergangenen Tag des Sieges war diese Fahne bereits in Kiew gezeigt worden und in Lwiw kam es u. a. ihretwegen zu Auseinandersetzungen.
25.5.2011	In 20 Städten gehen Studenten gegen das neue Bildungsgesetz und für die Absetzung des Bildungsministers Dmytro Tabatschnyk auf die Straße.
27.5.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch nimmt an einem Treffen der Staatschefs der mittel- und osteuropäischen Länder teil, bei dem er auch ein kurzes Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama sowie mit dem polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski führt.

30.5.2011	In Lwiw nehmen 10.000 Menschen an einer Protestveranstaltung gegen die Festnahme von Mitgliedern der Partei Freiheit teil. Laut Parteiführer Oleh Tjanihbok sind derzeit 6 Parteigenossen wegen der Auseinandersetzungen am Tag des Sieges (9.5.2011) in Haft.
1.6.2011	An bestimmten Stellen des Asowschen Meeres wird wegen eines Cholera-Ausbruchs in Mariupol das Baden und Fischen verboten.
1.6.2011	Präsident Wiktor Janukowytsh entlässt den Minister für Regionalentwicklung, Bau und kommunale Wohnungswirtschaft Wiktor Tichonow, der gleichzeitig einer der Stellvertretenden Ministerpräsidenten ist.
2.6.2011	Serhij Arbusow, Chef der ukrainischen Nationalbank, beschuldigt in einem Schreiben an Ministerpräsident Mykola Asarow vom 19.5. die Regierung, durch Nicht-Erfüllung der Vereinbarungen mit dem IWF die Zusammenarbeit mit dem Fonds zu torpedieren und Kredite zu gefährden.
2.6.2011	Die Kiewer Staatsanwaltschaft lässt den 1999 verstorbenen Führer der Bewegung Ruch Wjatscheslaw Tschornowil exhumieren, um endgültig die Todesumstände zu klären.
3.6.2011	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Aufkauf von Energie aus alternativen Quellen zu »grünen Tarifen« bis zum Jahr 2030 garantiert.
4.6.2011	Ministerpräsident Mykola Asarow erklärt auf einem Treffen der GUS-Finanzminister in Kiew, dass die Ukraine eine gewisse finanzielle Stabilität erreicht habe und im Moment nicht auf IWF-Kredite angewiesen sei.
6.6.2011	Alexej Miller, der Chef des russischen Gasversorgers Gazprom, erklärt, dass es keine Änderung an der Preisformel für die Ukraine geben wird. Im Gegenteil, das Gas werde sich im IV. Quartal 2011 für alle europäischen Länder verteuern. Ministerpräsident Mykola Asarow kündigt daraufhin einen Anstieg der Transitpreise für russisches Gas an. Am Folgetag treffen die Ministerpräsidenten Asarow und Wladimir Putin zu diesbezüglichen Besprechungen in Moskau zusammen. Putin sagt, dass man nicht vorhabe, die Gaspreisformel zu ändern.
9.6.2011	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es die Anwendung des Strafrechts als Instrument zur Erreichung politischer Ziele in der Ukraine kritisiert.
14.6.2011	Die Organisation Freedom House bringt in einem Bericht über die Ukraine u. a. ihre Besorgnis über die Konzentration der Macht in den Händen der Partei der Regionen zum Ausdruck.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
**oa**



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)